

# Stellungnahme zur Jugendförderung im bremischen Haushalt 2018/19



Mit dem Bremer Haushalt 2016/17 wurde nach Jahren der kalten Kürzungen in der Jugendarbeit endlich eine dringend notwendige Budgeterhöhung verabschiedet. Damit wurde der Beschluss des Jugendhilfeausschuss vom November 2014 umgesetzt, die Stadtteilbudgets für die offene Jugendarbeit um 3,5% zu erhöhen. Diese Budgeterhöhung diente der Kompensation gestiegener Kosten und war für viele Träger ein längst überfälliger Schritt zur Absicherung der bestehenden Angebote. Doch noch immer fehlen den Trägern Programmfelder und Gelder für die Deckung der Fixkosten ihrer Einrichtungen und Projekte. Auch war diese Mittelerhöhung nicht ausreichend, um alle bestehenden Angebote finanziell abzusichern. So kam es trotz der Erhöhung erneut zu Angebotsreduzierungen. Dies zeigt, dass viele Stadtteilbudgets weder bedarfsgerecht noch auskömmlich ausgestattet sind.

## *Warum ist eine erneute Erhöhung aus fachlicher Sicht notwendig?*

Dabei ist die soziale Schieflage in Bremen prekärer als je zuvor. Regelmäßig belegen Bremer Schüler\_innen im Bildungsvergleich die letzten Plätze. Jedes dritte Kind und jeder dritte Jugendliche in Bremen wachsen in Armut auf. Die Jugendarbeitslosenquote lag mit 9,7% im Jahr 2016 weit über dem Bundesdeutschen Durchschnitt von 5,4%.<sup>1</sup> In kaum einem anderen Bundesland ist die soziale Ungleichheit so groß wie in Bremen. Mehr und mehr nutzen rechtspopulistische, rechtsextreme und undemokratische Parteien und Organisationen diese zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit zu ihren Zwecken. Grundfesten der Demokratie geraten dabei immer mehr unter Beschuss, während gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bis in die Mitte der Gesellschaft reicht.

## *Was kann Jugendarbeit leisten?*

Jugendarbeit ist eine wichtige Säule der informellen Bildung. Außerschulische Settings, peer to peer education und gezielte bildungspolitische Angebote in Freizeits oder Jugendverbänden bilden ein unverzichtbares Komplementär zur schulischen Bildung und können eine sinnvolle Ergänzung zum schulischen Ganztags liefern – allein es fehlen oft die Möglichkeiten.

Jugendarbeit wirkt sozial ausgleichend, indem gerade auch jungen Menschen Teilhabechancen gegeben werden, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung oftmals davon ausgeschlossen sind. Durch ihre Prinzipien Freiwilligkeit und Partizipation schafft Jugendarbeit unverzichtbare Räume für demokratische Aushandlungsprozesse und Erfahrungen. So werden jungen Menschen Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe gegeben.

Die Qualität von Jugendarbeit liegt dabei zweifellos in der Beziehungsarbeit und somit in ihrer langfristigen Wirkung – insbesondere in der Förderung von Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Diese Qualität lässt sich jedoch nicht in Teilnahme- oder Besuchsstatistiken von Angeboten messen, sondern drückt sich vielmehr in der Zustimmung zu demokratischen Grundprinzipien und einer vielfältigen Gesellschaft aus. Nicht ohne Grund ist nach Ende der nationalsozialistischen Diktatur 1945 ein wesentlicher Bestandteil der Demokratisierung der Ausbau von Kinder- und Jugendarbeit gewesen.

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund wäre es unverantwortlich, auf angebliche haushaltspolitische Sachzwänge wie „Haushaltsnotlage“ zu verweisen und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber der Jugendarbeit zu negieren, während z.B. der geplante Ausbau von Straßenbahnlinien und anderen (baupolitischen) Großprojekten eindrucksvoll die

<sup>1</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73091/umfrage/bundeslaender-im-vergleich---junge-arbeitslose/>  
(aufgerufen am 31.01.2017)

gestalterische Handlungsfähigkeit des Bremer Senats und seine Prioritätensetzung dokumentiert.

### *Wofür fehlt Geld?*

Die Budgeterhöhung für die Jugendarbeit im Doppelhaushalt 16/17 darf nur ein erster (zweifellos wichtiger) Schritt gewesen sein. **Für den Doppelhaushalt 2018/19 fordert das Bündnis 30%:**

### **Integrationsbudget erhöhen und verstetigen**

Mit Hilfe des Integrationsbudgets sind in der Jugendarbeit sinnvolle Projekte gefördert worden. Doch ist das Budget in 2017 nicht in derselben Höhe wie 2016 fortgeschrieben worden, mit dem Ergebnis, dass Projekte, die mit viel Engagement angeschoben wurden, bereits wieder eingestellt werden mussten. Integration ist jedoch eine Querschnittsaufgabe, die nicht am Ende eines jeden Haushaltsjahrs beendet ist. Hier braucht es Kontinuität. Die Angebote müssen verstetigt werden, indem das Integrationsbudget der Regelförderung zugeschlagen wird. Auf diese Weise würden Ressourcen, die in Verwaltungstätigkeiten, wie Mittelbeantragung fließen wieder für pädagogische Zwecke frei.

### **Zentralitätsbudget einrichten und bedarfsgerecht ausstatten**

Die Mittelverteilung nach Sozialindikatoren vermag es zwar, gezielt in strukturell benachteiligte Quartiere umzuverteilen und dort zu einem sozialen Ausgleich beizutragen, doch bleiben beliebte Aufenthaltsorte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in stadtzentraler Lage, wie das Viertel oder die Innenstadt, dabei ebenso unberücksichtigt wie inhaltliche Schwerpunktsetzungen für bestimmte Zielgruppen oder besondere Bedarfe (z.B. Mädchentreffs), die nur auf Kosten der Stadtteilbudgets möglich sind. Daher fordern wir das Budget für stadtzentrale Angebote wie es im Rahmenkonzept vorgesehen ist, bedarfsgerecht auszustatten, um gezielt inhaltlich als auch sozialräumlich nachsteuern zu können.

### **Budget für die Kooperation Jugendarbeit und Schule**

Die Kooperation von Jugendarbeit und Schule ist im Rahmenkonzept der offenen Jugendarbeit als Aufgabe für die Träger der Jugendbildung und der offenen Jugendarbeit beschrieben. Bereits 2009 wurde von beiden zuständigen Ressorts Bildung und Soziales eine Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Jugendarbeit und Schule geschlossen. Weder die eine noch die andere Rahmenvereinbarung ist mit zusätzlichen Mitteln hinterlegt worden.<sup>2</sup> Um eine Antwort auf die oben beschriebenen gesellschaftlichen Problemlagen entwickeln zu können, fordern wir dringend, ein zusätzliches Budget für gemeinsame Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen.

### **Des Weiteren fordern wir:**

- **Sanierung der Einrichtungen**
- **Zusätzliche Mittel für Mobilitätsangebote**
- **Zusätzliche Mittel für zunehmende Verwaltungstätigkeiten**
- **Umsetzung des Senatsbeschluss Erstellen eines unabhängigen Jugendhilfeberichts**
- **Stadtteilkonzepte**
- **Keine Kürzung der Jugendverbandsmittel in Bremerhaven**
- **Erhöhung der Jugendverbandsmittel**



---

<sup>2</sup> Siehe hierzu auch die Stellungnahme von Bündnis 30 und LAG Schulsozialarbeit vom Februar 2017